Nr. 3 | 2. September 2022

AZB / 4410 Liestal / Post CH AG

FDP
Die Liberalen

11. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Baselland

BASELBIETER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Aus der Parteileitung

Anhand des Freisinns kann nun auch die Zeit bis zum Wahlsonntag vom 12. Februar 2023 eingeteilt werden. Kurz vor diesem Freisinn haben die Fotoshootings der Landratskandidatinnen und -kandidaten begonnen und im nächsten Freisinn stellen wir Ihnen die kompletten Listen vor. (November 2022). Seite 3

Klare Positionen in der Sicherheitspolitik

Das neue Forderungspapier der FDP ist die Antwort auf die neuen Herausforderungen in der Sicherheitspolitik. Die Schweizer Sicherheitspolitik muss an die neuen Realitäten angepasst werden. Denn die Sicherheit gehört zu den Grundvoraussetzungen für die Freiheit und einen prosperierenden Lebens- und Wirtschaftsraum. Seite 12

Forderungspapier Migrationspolitik

Die FDP bekräftigt in ihrem neuen Forderungspapier eine harte, aber faire Migrationspolitik, die der langjährigen Tradition der Schweiz gerecht wird. Es braucht eine unbürokratische Personenfreizügigkeit mit der EU, aber auch einen konsequenten Umgang mit Migration aus Drittstaaten. Seite 13

Ja zur Verrechnungssteuerreform

Mit der Reform der Verrechnungssteuer können Finanzierungsaktivitäten und Arbeitsplätze in die Schweiz zurückgeholt sowie die Steuereinnahmen erhöht werden. Ausserdem profitieren öffentliche Verwaltungen und Betriebe bei Kreditaufnahmen von tieferen Zinsen. Nationalrätin Daniela Schneeberger zeigt in ihrem Beitrag auf, weshalb die Reform im Interesse der Schweiz ist. Seite 19

Engagierter Jungfreisinn

Editorial von Lucio Sansano

Lucio Sansano

Vor etwas mehr als zwei Jahren wurde ich zum neuen Präsidenten der Jungfreisinnigen Baselland gewählt und die Hälfte der vier Jahre, in denen ich dieses Amt gerne ausüben möchte, sind damit vergangen. Das Ziel des neuen Vorstandes und mir war es, unserer etwas eingeschlafenen Jungpartei neues Leben einzuhauchen. Wir sind stolz darauf, dass uns dies gelungen ist: So konnten wir die Anzahl unserer Aktivmitglieder auf derzeit rund 50 Leute vervierfachen und mit zahlreichen Aktionen und Kampagnen auf uns aufmerksam machen. Dies wäre ohne den starken Rückhalt der FDP Baselland sowie die Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit ihr nicht möglich gewesen. So freuen wir uns gemeinsam mit unserer Mutterpartei auf das kommende Wahljahr, in dem wir bei den kantonalen Wahlen in beinahe allen Wahlkreisen einen Kandidaten aus unseren Reihen auf der FDP-Liste stellen dürfen!

Werden Sie Gönner-Mitglied

In Zukunft wollen wir auf den erfolgreichen, vergangenen zwei Jahren aufbauen. Wenn Sie uns auf diesem Weg unterstützen möchten, freuen wir uns sehr, wenn Sie sich über unsere Website (www.jfbl.ch/goenner) oder den folgenden QR-Code für unsere neu ins Leben gerufene Gönner-Mitgliedschaft registrieren. Auf der Website finden Sie neben weiteren Informationen zur Mitgliedschaft zudem eine Collage, in der wir unser Engagement der letzten zwei Jahre in Bildern zusammengefasst haben. Ich freue mich sehr auf die kommenden zwei Jahre und eine bestimmt auch weiterhin erfolgreiche Zusammenarbeit mit der FDP Baselland.

Lucio Sansano
Präsident Jungfreisinnige BL, Einwohnerrat FDP Reinach und Landratskandidat

Impressum: **Herausgeberin/Redaktion/Inserate:** FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern, T: 031 320 35 35, F: 031 320 35 00, E: info@fdp.ch, www.fdp.ch. **Kantonalteil:** Redaktion Baselbieter Freisinn, FDP Baselland, 4410 Liestal, E: info@fdp-bl.ch, www.fdp-bl.ch. **Layout:** CH Regionalmedien AG, www.chregionalmedien.ch. **Druck:** CH Media Print AG, www.chmediaprint.ch

Inhalt

3–9 Baselbieter Freisinn

10 Interview mit Lukas Müller-Brunner vom Arbeitgeberverband

11 Regine Sauter setzt sich für die AHV 21 ein

12 FDP-Forderungen zur Sicherheitspolitik

13 FDP-Forderungen zur Migrationspolitik

15 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview

16 Vorschau auf die Herbstsession

17 Damian Meier will in den Schwyzer Regierungsrat

18 FDP Zug ist bereit für die kantonalen Wahlen

19 Ja zur Reform der Verrechnungssteuer

20 Nein zur Massentierhaltungsinitiative

22 FDP Urban erarbeitet Resolution zur Wohnungspolitik

23 Vermischtes

Gemeinsam die AHV sichern

Wegweisende Abstimmung für die Schweiz

Liebe Freisinnige

Die Schweiz sieht sich zurzeit mit bedeutenden Herausforderungen konfrontiert, die vorausschauende Antworten und mehrheitsfähige, zum Teil rasche Lösungen erfordern. Unser Wohlstand ist alles andere als selbstverständlich und nicht zuletzt jenen zu verdanken, die unser Land auf einem starken liberalen Fundament erbauten. Die bürgerliche Politik ist die Garantin für Lösungen, welche unsere Wirtschaft sowohl bei innerschweizerischen Reformen wie auch im internationalen Wettbewerb erfolgreich erhalten. Nur der Schulterschluss der bürgerlichen Parteien macht diese Reformfähigkeit möglich. Die bevorstehenden Abstimmungen führen vor Augen, wie wichtig diese Zusammenarbeit ist. Denn bei allen drei Vorlagen ruft links-grün nach mehr Umverteilung, mehr Nivellierung und mehr Staat.

Gemeinsam anpacken und die Zukunft der AHV sichern

Seit 1948 haben alle Menschen in diesem Land Anspruch auf eine Altersrente. Aber die AHV, unser wichtigstes Sozialwerk, ist aus der Balance. Ohne Massnahmen wird die AHV bereits im Jahr 2025 mehr Geld ausgeben als einnehmen. Die AHV-Reform beinhaltet die Anpassung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer – was bereits zum Zeitpunkt der Einführung der AHV mit 65/65 der Fall war. Diese Gleichstellung wird mit zahlreichen Massnahmen abgefedert. Die AHV 21 bringt aber auch Modernisierungen wie die Flexibilisierung des Rentenalters. Mit einer minimalen Erhöhung der Mehrwertsteuer leisten zudem alle Generationen einen Beitrag zur Sicherung der Altersvorsorge. Die Reform tritt nur dann in Kraft, wenn beide Teile angenommen werden.

Wirtschaftsstandort Schweiz stärken

Unternehmen, der Bund, die Kantone oder die Gemeinden können durch die Ausgabe von Anleihen eine direkte Finanzierung von Investoren erhalten. Die Anleihezinsen unterliegen derzeit einer hohen Verrechnungssteuer von 35 Prozent. Somit erhält der Investor nur 65 Prozent der Zinserträge, die restlichen 35 Prozent müssen bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung zurückgefordert werden. Dieser finanzielle und bürokratische Mehraufwand macht Investitionen in Schweizer Unternehmen vor allem für ausländische Investoren unattraktiv, da sie nicht 100 Prozent ihrer Erträge erhalten. Dies führt zu Ausweichmanövern und verpassten Chancen für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Die Verrechnungssteuerreform korrigiert dies und ermöglicht die Rückführung von Finanzierungsaktivitäten in die Schweiz.

Nein zur unnötigen Tierhaltungsinitiative

Mit der Initiative soll die Massentierhaltung als tierunwürdig definiert werden. Die Vorschriften für Unterbringung, Pflege usw. sollen massiv eingeschränkt, die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen mit enormen administrativen Aufwänden beladen werden. Die Schweizer Gesetzgebung zum Schutz und zur Würde von Tieren ist bereits eine der strengsten der Welt. Unser Land bekennt sich somit bereits zu hohen Standards des Tierschutzes. Die Initiative ist unverhältnismässig und hätte weit reichende Folgen für die Schweizer Landwirtschaft.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Aus der Parteileitung

Ferdinand Pulver berichtet

Ferdinand Pulver

Anhand des Freisinns kann nun auch die Zeit bis zum Wahlsonntag vom 12. Februar 2023 eingeteilt werden. Kurz vor diesem Freisinn haben die Fotoshootings der Landratskandidatinnen und -kandidaten begonnen und im nächsten Freisinn stellen wir Ihnen die kompletten Listen vor (November 2022). Und dann, im ersten Freisinn 2023, gratulieren wir bereits den Gewählten. Wie die Zeit rennt.

Der Wahlkampf der Landratswahlen 2023 beginnt offiziell am 17. September 2022 mit einem gemeinsamen Fest zum Wahlkampfauftakt. Der Regierungsratswahlkampf hat bereits begonnen. Am a. o. Nominationsparteitag vom 18. August 2022 haben die anwesenden Freisinnigen Monica Gschwind einstimmig zur Kandidatin der FDP nominiert und ebenfalls die Zustimmung zur bürgerlichen Allianz erteilt. Die Parteileitung hat dies dem Parteitag empfohlen. Ich erlaube mir, an dieser Stelle ein paar Gedanken der Parteileitung auszuführen.

Wir aber haben uns, nach mehrfachen Diskussionen, Analysen, langen, intensiven und auch kontrovers geführten Gesprächen entschieden, dass wir dem Parteitag eine Einerkandidatur von Monica Gschwind empfehlen. Wir sind überzeugt, dass wir aus FDP-Sicht nicht nur an diese Wahlen denken dürfen, sondern langfristig denken müssen. Wir haben zurzeit die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat und konnten auch bei den letzten beiden kantonalen Abstimmungen mit der bürgerlichen Mehrheit gewinnen. Die bürgerliche Zusammenarbeit funktioniert. Als bürgerliche Einheit, als bürgerliches Team sollen und wollen wir in die Wahlen steigen. Nicht nur in die kantonalen Wahlen 2023, sondern auch in die nationalen Wahlen und ggf. auch bei Ergänzungswahlen. Diese bürgerliche Allianz wollen wir stärken und wir sind überzeugt, dass wir mit einer Dreier-Kandidatur der Bürgerlichen diese Wahlen gewinnen werden.

Wir gewichten die langfristige Erreichung der Ziele der FDP höher als die theoretische Möglichkeit, bei diesen Wahlen einen Erfolg zu erzielen. Wir sind überzeugt: Die bürgerliche Allianz nützt uns mehr, wenn sie stabil und stark ist.

Wie auch bereits in den Wahlen 2019 haben die jeweiligen Parteien die eigenen Kandidaten selbst gewählt. Gemeinsam mit der Mitte und der SVP haben wir den Nominationsparteitag in derselben Woche organisiert. Dies stellt das erste starke Zeichen für die bürgerliche Allianz dar: Gemeinsam treten wir an!

Die SVP Baselland hat Sandra Sollberger und die Mitte hat Anton Lauber für die Regierungsratswahlen nominiert. Beide Parteien haben somit auch Ja zur bürgerlichen Allianz gesagt. Dies ist somit das bürgerliche Trio für die Regierungsratswahlen.

Es freut mich zudem ausserordentlich, dass wir die Wahlkampfleitung im bürgerlichen Regierungsratswahlkampf besetzen dürfen. Unser Mitglied Birgit Kron hat den Lead übernommen und leitet das Wahlkampfteam. Zusammen mit Doris Rutishauser, Gemeinderätin Muttenz, vertritt sie die FDP im Team.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Herbst und freue mich, Sie am Wahlkampfauftakt begrüssen zu dürfen.

Ferdinand Pulver
Parteipräsident

Anton Lauber, Monica Gschwind und Sandra Sollberger treten gemeinsam als bürgerliche Allianz an.

Birgit Kron, Wahlkampfleiterin bürgerlicher Regierungsratswahlkampf.

Doris Rutishauser, Kommunikationsverantwortliche bürgerlicher Regierungswahlkampf.

31 Jahre Pfeffinger Forum

Pfeffinger Forum

Öffentliche überparteiliche Veranstaltung

Donnerstag, 27. Oktober 2022

20:00 Uhr Mehrzweckhalle Pfeffingen

Musikalische Einlage

Bundesrätin Viola Amherd

spricht über

Sichere Schweiz – Erfolgreiche Schweiz

Podiumsteilnehmende:

Thierry Burkart, SR FDP AG
Thomas Rechsteiner, NR Die Mitte AI
Franziska Roth, NR SP SO
Werner Salzmann, SR SVP BE
Marionna Schlatter, NR Grüne ZH

Leitung: Paul Schär, e Landrat FDP BL

Leitung Podium: Urs Steiner, e Landrat FDP BL

Patronat:

beider basel handelskammer

Hauptsponsor:

BAUMANN & CIE BANQUIERS

Sponsoren:

GARAGE SCHMID
JAUSLIN STEBLER personalized engineering
MÜLLER GROUP
TRETOR AG
primeo energie
VOGTLI
hell MALER
FLAIGG PACKAGING SOLUTIONS
die Mobiliar
MEVO
Eptinger
Lüdin AG

Medienpartner:

WOCHENBLATT für das Birseck und Dorneck
AUDIORENT CLAIR

Anmeldung via Internet www.pfeffingerforum.ch

Der Anlass wird durch die FDP Sektion Pfeffingen organisiert.

Unsere Kandidatin: Monica Gschwind

Regierungsratswahlen 2023

Seit über 20 Jahren bin ich Mitglied der FDP Baselland, und beinahe ebenso lange gewählte Volksvertreterin, davon gut 15 Jahre als Gemeinderätin und Gemeindepräsidentin von Hölstein, fünf Jahre im Landrat und nun schon beinahe acht Jahre im Regierungsrat unseres Kantons. Mehr als zwei Dekaden aktives Engagement in der Kantonalpolitik – das wäre eigentlich Grund genug für eine Standortbestimmung. Aber natürlich hatten die im Februar 2023 stattfindenden Wahlen einen entscheidenden Einfluss. Anfang Jahr musste ich mich also fragen: Will ich das noch? Oder haben sich meine Prioritäten verändert?

Als Regierungsrätin muss ich Zeit mit Familie und Freunden oder für Sport und einen guten Krimi Monate im Voraus planen. Mehr Flexibilität im Kalender hätte also manchmal durchaus ihren Reiz. Aber die Befriedigung über das Erreichte wiegt all dies mehr als auf. Zusammen mit Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus der FDP und anderen bürgerlichen Parteien, aber auch mit meinem grossartigen Team in der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion haben wir in allen Aufgabenbereichen grosse Schritte nach vorne gemacht. Ich kann mit Überzeugung sagen: Der Einsatz hat sich gelohnt!

Seit meinem Amtsantritt 2015 haben wir unsere vielfältige Direktion organisatorisch neu aufgestellt und sind fit für die kommenden Herausforderungen. Mit sechs statt wie früher zehn Dienststellen sind wir schlank und effizient strukturiert: Wir haben kurze Wege, keine Silos und pflegen eine intensive Zusammenarbeit über Abteilungs- und Amtsgrenzen hinweg. In Bildungsfragen wirkt sich dies ganz besonders positiv aus: Relevante Themen werden vom Kindergarten bis hin zur höheren Berufsbildung konsequent ganzheitlich und stufenübergreifend bearbeitet – zum Wohle der Baselbieterinnen und Baselbieter jeden Alters.

Auch in der Partnerschaft mit unserem Nachbarkanton Basel-Stadt stehen wir an einem völlig anderen Punkt. Mit dem 2020 unterschriebenen Kulturvertrag und dem 2021 teilrevidierten Universitätsvertrag konnten wir die Aufgaben und Zuständigkeiten aller Akteure – von politischen Gremien über die Verwaltung bis hin zu den Institutionen selbst – nachhaltig klären, und in punkto Finanzierung alle Baselbieter Forderungen nach mehr Ausgewogenheit und Transparenz durchsetzen.

Zudem geht mit dem neuen Schuljahr das in enger Abstimmung mit Vertretungen der Gemeinden, Schulleitungen, Lehrpersonen und Fraktionen erarbeitete Schwerpunktprogramm «Zukunft Volksschule» in die Umsetzung. Und ich gestehe offen: All diese politisch breit abgestützten Erfolge machen Freude und Lust auf mehr! Sie bestärken mich darin, in meiner Arbeit wie bisher auf den engen Dialog mit unmittelbar von Geschäften Betroffenen und Beteiligten zu setzen, inhaltliche Differenzen frühzeitig zu erkennen und gemeinsam einen zielführenden Umgang damit zu finden. Gerade auch für die Bewältigung der Corona-Pandemie war das so geschaffene gegenseitige Vertrauen von unschätzbarem Wert.

Lange Rede, kurzer Sinn: Nach fast zwei Amtsperioden Regierungsarbeit mit wenigen Tiefen und vielen Höhen bin ich so motiviert wie am ersten Tag. Ich will mich weiterhin für ein lebenswertes und attraktives Baselbiet einsetzen, und zwar mit der gesamten Erfahrung, die ich als Vorsteherin der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion sammeln konnte!

Ich danke der Parteileitung, aber ganz besonders Ihnen, liebe Parteikolleginnen und Parteikollegen, für die bisherige und weitere moralische und tatkräftige Unterstützung. Dass ich unseren Kanton im Sinne der liberalen Werte mitgestalten und an immer besseren Rahmenbedingungen für unsere Bevölkerung und unsere Wirtschaft arbeiten darf, bleibt für mich eine ganz besondere Ehre. Und es erfüllt mich mit Dankbarkeit und Stolz, dass ich dabei auf Sie zählen darf.

Monica Gschwind
Vorsteherin der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion, Regierungsratskandidatin

Zwei Generationen sind sich einig: 2× Ja zur AHV 21

Gespräch zwischen Balz Stückelberger und Leon Behrends zur AHV21

Während der Sommerferien trafen sich Balz Stückelberger, Landrat FDP BL, und Leon Behrends, Mitglied der JFBL, und sprachen über die anstehenden Abstimmungen vom 25. September 2022.

Leon: Hallo Balz.

Balz: Tschau Leon.

Leon: Am 25. September stimmen wir einerseits über den Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie über die Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) ab. Wieso ist aus deiner Sicht diese Reform so wichtig?

Balz: Weil seit 25 Jahren keine AHV-Reform gelang, und weil die AHV in finanzieller Schieflage, oder anders gesagt, kurz vor dem Crash steht. Man muss nicht Versicherungsmathematiker sein, um das zu verstehen. 1948, als die AHV eingeführt wurde, ging man davon aus, dass man noch etwa 13 Jahre Renten bezieht. Heute ist die Lebenserwartung ab Alter 65 fast doppelt so lange. Das Rentenalter ist aber immer noch gleich hoch. Es ist logisch, dass das finanziell nicht aufgehen kann. Zum Ungleichgewicht im AHV-Konstrukt trägt auch bei, dass immer weniger arbeitende Menschen die Rentner finanzieren. Zum Zeitpunkt der Einführung der AHV ging man davon aus, dass 6,5 Personen einen Rentner oder eine Rentnerin finanzieren. Heute sind es noch etwa drei, und in zehn bis zwanzig Jahren sind es noch zwei Personen, welche für einen Rentner aufkommen.

Leon: Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben wird also immer grösser. Folglich muss man, damit auch die junge Generation einmal die Möglichkeit hat, eine Rente zu beziehen, die AHV fit für die Zukunft machen. Je länger damit zugewartet wird, desto teurer wird es für künftige Generationen, die Finanzen der AHV wieder ins Gleichgewicht zu bringen und unsere Renten zu sichern. Wie genau will denn die AHV 21 unsere AHV reformieren?

Balz: Es heisst zwar Reform, aber ich würde sie eher «Minireform» nennen. Es sind ein paar wenige Notmassnahmen. Auf der einen Seite, der Leistungsseite, wird das Rentenalter zwischen Frau und Mann angeglichen auf 65 Jahre. Dies genügt aber nicht, um die AHV finanziell zu stabilisieren. Deswegen braucht es noch Zusatzeinnahmen über eine MWSt-Erhöhung um 0,4 Prozent. Das ist der finanzielle Teil. Es gibt auch noch einen systematischen Teil: Das Rentenalter soll flexibilisiert werden. Man spricht dann nicht mehr von einem ordentlichen Rentenalter, sondern von einem Referenzalter, welches bei 65 liegt. Der Übergang in den Ruhestand soll zwischen dem Alter von 63 und 70 Jahren frei wählbar werden. Für mich ganz wichtig: Es gibt auch Anreize, um länger als 65 zu arbeiten, indem z. B. die AHV-Beiträge, die man nach 65 noch verdient, angerechnet werden.

Leon: Balz, du hast es schon angesprochen, die AHV 21 ist nur ein erster Schritt. Wie lange ist denn die Wirkungsdauer dieser Reform?

Balz: Alle Experten und auch der Bundesrat sindt sich einig, dass diese Reform einen mittelfristigen Effekt auf die Stabilisierung der AHV hat. Es herrscht Konsens, dass innerhalb der nächsten 10 Jahre ein weiteres Reformpaket nötig ist, um die AHV langfristig zu stabilisieren. Die AHV 21 ist

ein erster Schritt. Man wollte in diese Reform nicht zu viel «reinpacken», da seit 25 Jahren alle Reformschritte in der Altersvorsoge gescheitert sind.

Leon: Als Zukunftsausblick kann ich hinzufügen, dass die Renteninitiative, welche wir Jungfreisinnige letzten Sommer eingereicht haben, auf uns zukommt. Sie ist unserer Meinung nach eine ideale Anknüpfung an die AHV 21, weil sie das Renteneintritts- bzw. Referenzalter an die Lebenserwartung koppelt. Dadurch werden unsere Renten nachhaltig gesichert.

Balz: Ich bin sehr froh, dass ihr diese Initiative lanciert habt, weil ich der Überzeugung bin, dass eine Koppelung des Referenzalters an die Lebenserwartung, und damit auch eine Entpolitisierung dieser Diskussion, das einzig vernünftige Konzept ist, um die AHV nachhaltig zu sichern. Es gibt in Westeuropa viele Länder, welche dieses Konzept bereits umsetzen, wie beispielsweise Dänemark, Holland oder Italien. Deswegen unterstützen auch wir von den Arbeitgeberverbänden die Renteninitiative der Jungfreisinnigen.

JA zu den AHV-Vorlagen

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 25. September 2022

	Antwort
Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2021 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer annehmen?	Ja

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 25. September 2022

	Antwort
Wollen Sie die Änderung vom 17. Dezember 2021 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (AHV 21) annehmen?	Ja

FDP Sissach und Umgebung

Doppelter Wahlerfolg für die FDP in Sissach

Der 15. Mai 2022 war ein erfolgreicher Ersatzwahlsonntag für die FDP Sissach und Umgebung und die Bürgerlichen in Sissach. Mit Unterstützung der SVP Sissach u. U. und Pro Sissach schafften wir die Rückkehr in den Sissacher Gemeinderat und eine bürgerliche Mehrheit in der Gemeindekommission.

Für den Gemeinderat stellte sich mit unserem Vorstandsmitglied Carol Zumbrunnen eine erfahrene, in Sissach stark verwurzelte und engagierte Freisinnige zur Wahl. Nachdem die parteilose Gemeinderätin Beatrice Mahrer – notabene einzige Frau in der Sissacher Exekutive – ihren Rücktritt bekanntgegeben hat, war es unser Ziel, den Sitz mit einer bürgerlichen Kandidatin zu gewinnen. Wir freuten uns sehr, dass sich Carol Zumbrunnen für das Amt zur Verfügung stellte. Die Freisinnige war seit 2016 Sissacher Schulratspräsidentin und setzte sich zusätzlich in verschiedenen Gremien für die Gemeinde ein. Ihre Kandidatur wurde über das bürgerliche Lager hinaus sehr begrüsst. Carol Zumbrunnen startete am 1. Juli in ihr neues Amt und mit ihr ist die FDP wieder im Sissacher Gemeinderat vertreten.

Bei der Ersatzwahl in die Gemeindekommission ging es um einen bisherigen Sitz der Stechpalme (Grüne). Wir konnten mit der 21-jährigen Jungfreisinnigen Michèle Eggenschwiler eine Nachwuchspolitikerin portieren. Sie ist in Sissach aufgewachsen und mit der Gemeinde und der Bevölkerung eng vertraut. Michèle Eggenschwiler studiert Rechtswissenschaften an der Universität Basel und ist auch im Vorstand der Jungfreisinnigen Baselland aktiv. Nach einem sehr engagierten Wahlkampf gelang ihr der Einzug in die Sissacher Gemeindekommission – und damit eine Mehrheitsverschiebung von Links-Grün zu den Bürgerlichen. Welch grosse Freude! Wir gratulieren beiden Frauen – Carol und Michèle – herzlich zu ihrem Erfolg und wünschen ihnen für ihre neue Aufgabe alle Gute.

Saskia Schenker
Präsidentin FDP Sissach und Umgebung, Landrätin

Neu im Gemeinderat Sissach: Carol Zumbrunnen.

Neu in der Gemeindekommission Sissach: Michèle Eggenschwiler.

FDP Reinach

Street Food Festival in Reinach – FDP Reinach ist mit dabei

Mitten in den Sommerferien hat das erste Reinacher Street Food Festival stattgefunden. Die Interessengemeinschaft der Reinacher Vereine IGOR hat die Initiative ergriffen – 16 (!) Vereine haben mitgemacht. Auch wir von der FDP Reinach waren mit dabei.

Am zentralen Ernst-Feigenwinter-Platz trafen sich die Daheimgebliebenen zu einem gemütlichen Beisammensein. Die Vereine boten eine reiche Auswahl an Kreationen: Zum Essen wurden u. a. Paella, Fischknusperli, Läberli, Grillwürste, Risotto bis zu Eiskaffee, Frappee, Glace Baumstriezzel offeriert. Zum Trinken standen Getränke wie Cüpli, Cocktail, Wein, Bier, selbstgemachter Ice Tea und Softdrinks zur Wahl: Es konnte degustiert werden! Und garantiert ist niemand hungrig oder durstig nach Hause gegangen!

Die FDP Reinach war mit einem eigenen Stand präsent. Iris und Jörg Burger sorgten für das leibliche Wohl mit einer exquisiten Quiche Basilisk (unter anderem mit Lachs). Und dazu gab's ein Cüpli – oder aber auch Weissen, ein Bier oder Softgetränke ... Natürlich waren unsere Parteivertreter vor Ort: Ferdi Pulver, Melchior Buchs, Daniel Stark, Jean-Marc Oeggerli, Gerda Massüger und Peter Tobler halfen beim Service. Und nebenbei sammelten sie Unterschriften für die Individualbesteuerung. Alle freuten sich über den zahlreichen Besuch und die vielen guten Gespräche.

Zu erwähnen bleibt noch, dass Lucio Sansano – Mitglied der FDP Reinach und Präsident der Jungfreisinnigen BL als OK-Präsident einen tollen Job machte: Das war sicher nicht das letzte Street Food Festival in Reinach! Und die FDP Reinach ist wieder mit dabei!

Gute Stimmung und viele Leute ...

… am ersten Street Food Festival in Reinach.

Gerda Massüger
FDP Reinach

FDP Ettingen

Neuwahlen in Ettingen

Es freut uns ausserordentlich, dass wir mit Ruben Kiefer, bis anhin Mitglied des Schulrates, einen zweiten Sitz im Gemeinderat Ettingen zurückerobern konnten. Er hat sich gegen eine parteilose Kandidatin durchsetzen können, und die Sektion Ettingen hat ihn dabei tatkräftig unterstützt. Nachdem Kurt Züllig als GP und Christoph Gehr als GR zurückgetreten sind, ist Michael Bächli 2016 erstmal als GR gewählt worden. Nun ist die FDP in Ettingen wieder mit zwei GR vertreten, welche für die Ressorts Finanzen/IT und für die in nächster Zukunft wichtige Arealentwicklung im Dorfzentrum von Ettingen verantwortlich sind.

Zudem haben wir mit Urs Häusler, Präsident des Schulrates, und mit Dieter Bolliger, Präsident der RPK/GPK, weitere Parteimitglieder in Schlüsselpositionen.

Der Vorstand der FDP-Sektion Ettingen wurde neu besetzt und wir danken an dieser Stelle Kurt Züllig herzlich für seinen ausserordentlichen Einsatz während der letzten Jahre. Nähere Informationen sind auf der neuen Website der Sektion Ettingen ersichtlich.

Michael Bächli
Präsident FDP Ettingen

Neu im Gemeinderat: Ruben Kiefer

Standpunkt: Blick nach BS

Zur geplanten Einführung des Ausländerstimmrechts in Basel

Einmal mehr schaue ich mit Verwunderung auf die Blüten, welche die Politik der rot-grünen Regierungsmehrheit in Basel-Stadt treibt. Aktuell plant dort die Regierung, dass Ausländerinnen und Ausländer das aktive und passive Wahlrecht erhalten sollen, sobald sie seit 5 Jahren in BS wohnen und über eine Aufenthaltsbewilligung verfügen. Dieses Vorhaben geht zurück auf eine SP-Motion aus dem Jahr 2020.

Bereits im Jahr 2010 wurde eine Initiative mit demselben Inhalt und ein moderaterer Gegenvorschlag mit 80% resp. 60% Nein-Stimmen vom Volk verworfen. Auch in anderen Kantonen kam es zu ähnlichen Abstimmungsergebnissen.

Die von der Mehrheit der Bevölkerung vertretene Prämisse ist klar: Wer in der Schweiz an den politischen Prozessen teilhaben will, sei dies auf kommunaler, kantonaler oder nationaler Ebene, kann sich einbürgern lassen. Diese vorherrschende Meinung halte ich für absolut richtig, denn durch die Einbürgerung soll ein gewisses Mass an Integration bestehen und daraus dann die Teilhabe am politischen Prozess ableiten.

In erster Linie ist daher die Integration von Ausländern zu fördern. Das heisst für mich, dass Einbürgerungswillige nicht durch unangemessen strenge Prüfungsfragen oder eine verschleppende Bürokratie in der Wohngemeinde schikaniert werden. Solche Fälle sind mir leider auch bekannt.

Fragwürdig finde ich wiederum das Argument der SP, man müsse der Tendenz entgegenwirken, dass sich immer weniger Ausländer einbürgern lassen wollen. Dies spricht für mich schlicht für ein abnehmendes Interesse an der Einbürgerung, welchem nur durch Integration entgegengewirkt werden kann. Geradezu haarsträubend und von grossem historischem und politischem Unwissen zeugend ist es, wenn von den Befürwortern ihr Vorhaben mit den damaligen Bestrebungen zur Einführung des Frauenstimmrechts verglichen oder gar gleichgesetzt wird.

Auch die GLP, welche im Grossen Rat die Motion noch unterstützt hatte, zeigt sich hierzu einmal mehr von ihrer «innovativen» Seite und fordert, dass Ausländer, die 5 Jahre in Basel leben und eine Niederlassungsbewilligung haben, nach Ablegen einer eingehenden Prüfung über historisches und politisches Wissen das Stimmrecht erhalten sollen.

Da darf man mit Recht fragen, worin der Unterschied zum Einbürgerungstest besteht.

Sebastian Binggeli
Vorstand FDP Oberwil, Mitglied JFBL
Landratskandidat 2023WK Oberwil

Herzlichen Dank für die Unterstützung!

Die Unterschriftensammlung für die Individualbesteuerung war erfolgreich!

Nationalrat Gerhard Andrey (Grüne FR) konnte sich bei der Parolenfassung zur AHV 21 nicht gegen Economiesuisse-Direktorin Monika Rühl durchsetzen.

Mit Glace gegen die schmelzende AHV

Jungfreisinniges Engagement während des Sommers

Anlässlich ihrer Delegiertenversammlung trafen sich rund 100 Jungfreisinnige aus der ganzen Schweiz bei der Axpo Group in Baden, um die Parolen für die Abstimmungsvorlagen im September zu fassen. Die JFS sagen klar 2 × Ja zur AHV 21, Ja zur Reform der Verrechnungssteuer und Nein zur Initiative gegen Massentierhaltung. Mitte Juli fand zudem eine Glace-Verteilaktion in zehn Schweizer Städten statt, um für die Annahme der AHV-21-Reform zu werben.

Passender hätte der Zeitpunkt der Delegiertenversammlung bei der Axpo Group in Baden nicht sein können: Die Energieversorgung der Schweiz beschäftigt selbstverständlich auch die Jungfreisinnigen. CEO Christoph Brand zeigte sich sehr erfreut über den Besuch der Jungpartei. In seiner Präsentation gab er zu verstehen, wie wichtig der Liberalismus und somit das Engagement der Jungfreisinnigen sei. Schliesslich fusse der Wohlstand des Landes auf einer liberalen Politik.

Parolenfassungen mit illustren Gästen

Economiesuisse-Direktorin Monika Rühl vertrat die Ja-Seite zur Reform der Verrechnungssteuer. Die heutige Verrechnungssteuer vertreibe Finanzierungen von Unternehmen ins Ausland. Die Delegierten folgten ihr mit einer klaren Ja-Parole. Für die Annahme der AHV-21-Reform sprach FDP-Nationalrat Kurt Fluri. Ein Heimspiel auch für ihn: Die Delegierten sprachen sich klar für die Reform aus. Zuletzt sprachen sich die Delegierten gegen die Initiative für eine Schweiz ohne Massentierhaltung aus. Die Schweiz verfügt bereits heute über eines der strengsten Tierschutzgesetze der Welt.

Vernunft statt Ideologie

Dass die Renten dahinschmelzen, wissen die Freisinnigen sowie die Jungfreisinnigen schon lange. Um auf diese Problematik aufmerksam zu machen, haben wir in zehn Schweizer Städten die beliebten Migros-Glacen mit Flyern verteilt. Plakate mit der Aufschrift «Vernunft statt Ideologie» sowie «Unsere Renten schmelzen dahin» sorgten bei den Passanten für Aufmerksamkeit.

Denn: Die AHV steuert finanziell auf den Abgrund zu. Die demografische Entwicklung verschärft dieses Problem. AHV 21 ist für die Jungfreisinnigen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die AHV wird damit bis 2030 finanziell stabilisiert. Danach braucht es endlich eine nachhaltige, das heisst strukturelle Reform, die die AHV langfristig sichert. Hier kommt die Renteninitiative der Jungfreisinnigen zum Zug: Mit der Anbindung des Rentenalters an die Lebenserwartung gestalten wir die AHV nachhaltig finanzierbar und stärken damit die Altersvorsorge. Für Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, ist klar: «Während SP, Grüne und die Gewerkschaften den Rückwärtsgang einlegen, wollen wir bei der Gleichstellung und der Generationengerechtigkeit endlich vorankommen. Für uns gilt: Vernunft statt Ideologie – auch in der Altersvorsorge! Deshalb ein klares Ja zur AHV 21.»

Swen Gaberthüel,
Generalsekretär Jungfreisinnige Schweiz

Jungfreisinnige verteilen Glacen am Zürcher Bellevue.

Auch auf der Luzerner Ufschötti wurden Glacen verteilt, um für die AHV 21 zu werben.

Matthias Jauslin, Nationalrat Aargau, hat eine Motion eingereicht.

Wärmespeicher im Untergrund

Winterstrombedarf bis zu 30 Prozent reduzieren

Im Untergrund könnte viel Wärme gespeichert und im Winter genutzt werden. In der Schweiz ist das derzeit aber stark eingeschränkt, weil die Grundwassertemperatur nur um maximal 3 Grad verändert werden darf. Nationalrat Matthias Jauslin hat eine Motion eingereicht, um diese starre Regelung zu lockern.

Die Schweiz soll bis 2050 klimaneutral werden. Um den CO_2-Ausstoss zu senken, sind alle möglichen Massnahmen auszuschöpfen. Dazu gehört auch die Nutzung der ganzjährig anfallenden Wärme und Abwärme etwa aus Kehrichtverbrennungsanlagen, industriellen Prozessen, Rechenzentren oder Geothermieanlagen. Diese Wärme verpufft im Sommer ungenutzt, da eine Zwischenspeicherung für die Wintermonate aufgrund der aktuellen Gewässerschutzordnung sowohl im Grundwasser wie auch im Untergrund stark eingeschränkt ist. Dabei würde eine saisonale Wärmespeicherung wesentlich zur Verminderung des CO_2-Ausstosses beitragen und den zusätzlichen Winterstrombedarf um bis zu 3 Terawattstunden (TWh) oder bis zu 30 Prozent reduzieren.

Trink- und Grundwasser differenzieren

Im Untergrund können grosse Wärmemengen eingespeichert und ein Grossteil der eingespeicherten Energie rückgewonnen werden. Bei der grossen Volumina zusammen mit der hohen Wärmekapazität von Wasser sind die Einspeichermengen nahezu beliebig gross. Dabei ist zu beachten, dass auch die Speicherung von Kälte je nach Anwendung von Bedeutung ist und gleichzeitig zur aktiven Regeneration des Untergrundes beiträgt. Die Möglichkeit dieser Speicherformen sind in der Schweiz nicht mal ansatzweise ausgeschöpft.

Die gültige Gewässerschutzverordnung legt fest, dass sich die Grundwassertemperatur aufgrund von Wärmeeintrag respektive Wärmeentzug nicht mehr als 3 Grad verändern darf. Sie wurde in den 1970er-Jahren eingeführt. Die Verordnung differenziert aber nicht zwischen Trinkwasser und Grundwasser.

Daher habe ich im Juni dieses Jahres eine Motion eingereicht, die fordert, dass das geothermische Potenzial des Untergrunds einschliesslich saisonaler Wärmespeicherung optimal genutzt werden kann und höhere Temperaturdifferenzen zulässt.

Andere Länder sind flexibler

Mit der beantragten Änderung wird das Trinkwasser wie bisher weiterhin geschützt. Hingegen soll Grundwasser, das nicht als Trinkwasser in Frage kommt, thermisch genutzt werden können. Dies gilt insbesondere für Grundwasser in mittleren und grossen Tiefen. Dieses Grundwasser kann aufgrund seiner chemischen Zusammensetzung nicht als Trinkwasser genutzt werden.

Im internationalen Vergleich ist der Temperaturgrenzwert in der Schweiz äusserst tief. So kennen zum Beispiel Österreich, Frankreich, Deutschland und Grossbritannien eine Limite von 6 Grad bis 11 Grad Celsius. Einige europäische Länder erlauben vorübergehende Temperaturschwankungen bis zu 23 Grad Celsius.

Matthias Jauslin
Nationalrat AG

Einladung zum Fachreferat

«Wie weiter mit der Ukraine, Putin und Xi?»

Peter Regli

Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a. D., ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema.

-> **Donnerstag, 13. Oktober 2022, in Bern** Kaserne der Berner Truppen, Auditorium, Papiermühlestr. 13 und 15, 3000 Bern 22 (im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27), oder per ÖV mit Tram Nr. 9 (wieder in Betrieb) ab Bahnhof Bern bis Breitenrain, dann 300 m zu Fuss via Herzogstrasse -> Papiermühlestrasse bis zur Kaserne.

-> **Beginn: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat,** keine Anmeldung notwendig.

Nationalrat Philippe Nantermod befasst sich als Mitglied der Gesundheitskommission intensiv mit der Gesundheitspolitik. Foto: Désirée Dittes

«Es gibt keine Zauberformel»

Nationalrat Philippe Nantermod zu den Gesundheitskosten

Der Schweiz drohen nächstes Jahr schmerzhafte Erhöhungen der Krankenkassenprämien. Parteivizepräsident und Nationalrat Philippe Nantermod zeigt auf, was die FDP in diesem Bereich unternimmt, weshalb es mehr Wettbewerb braucht und welche Verantwortung Gesundheitsminister Alain Berset trägt.

Müssen wir nächstes Jahr mit einem deutlichen Prämienanstieg rechnen? Leider ja. Im Jahresvergleich sind die Gesundheitskosten im ersten Quartal 2022 um fast sieben Prozent gestiegen. Diese Entwicklung wird sich unweigerlich in den Prämien niederschlagen.

Was unternimmt das Parlament in Bezug auf die Gesundheitskosten? Das Parlament versucht zu handeln, doch es ist nicht einfach, die richtigen Hebel zu betätigen, und Gesetzesänderungen benötigen Zeit. Immerhin haben wir erreicht, dass die Medikamentenpreise durch erleichterte Parallelimporte sinken. Ebenso die Kosten für medizinische Eingriffe durch die Einführung von Fallpauschalen im ambulanten Bereich sowie weitere Massnahmen für Kostendämpfungen, zum Beispiel bei Laboranalysen.

Mitte und SP propagieren ihre Volksinitiativen als taugliche Lösungen. Was hältst du davon? Die Mitte fordert, dass die Kosten gedeckelt werden sollen, ohne zu sagen, wie dies zu erreichen ist. Eine starre Umsetzung müsste die Pflege rationieren, was zu Qualitätseinbussen führen würde. Ergreift man zu wenig Massnahmen, wird das Ziel nicht erreicht. Die Initiative der SP dagegen hat keinen Einfluss auf die Kosten, das geben sie selbst zu. Es geht einzig um die Verteilung der Kosten auf die Versicherten.

Was unternimmt die FDP? Unsere Vorschläge sind weniger spektakulär als Volksinitiativen, aber sie wirken sich konkret auf die Kosten aus. Die oben aufgeführten Massnamen bezüglich Medikamente, Pauschalen im ambulanten Bereich und Laboranalysen wurden von der FDP initiiert. Es gibt nicht die eine Zauberformel zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen, sondern einen Strauss von Massnahmen, die den Anstieg bremsen.

Sind liberale Lösungen im Gesundheitsbereich überhaupt möglich? Das ist eine gesellschaftliche Entscheidung, aber ich bin davon überzeugt. Es fehlt an Wettbewerb im Gesundheitswesen. Es braucht Wettbewerb, der auf Qualität und Preisen beruht. Ein Wettbewerb, der ausserdem den Versicherten mehr Wahlmöglichkeiten hinsichtlich des Umfangs ihrer Versicherung zusteht.

> «Die Gesundheitskosten sind im ersten Quartal 2022 um fast sieben Prozent gestiegen.»

Alle Akteure im Gesundheitswesen verfolgen ihre eigenen Interessen. Wo muss man zuerst handeln? Es ist normal, dass die verschiedenen Akteure ihre Interessen verfolgen. Man darf einfach nicht vergessen, dass die Aufgabe der Krankenversicherung ist, Leistungen zum bestmöglichen Preis zu erbringen und nicht Einnahmen der Leistungserbringer zu garantieren. Die Politik muss dafür sorgen, dass die Akteure im Gesundheitswesen in Konkurrenz miteinander stehen.

Welche Verantwortung trägt Gesundheitsminister Alain Berset? Er hätte die Möglichkeit, innovative Rezepte vorzuschlagen. Leider sind die Vorschläge aus der Verwaltung oft sehr etatistisch geprägt. Das war zum Beispiel bei den Referenzpreisen für Medikamente der Fall, obwohl es Methoden gäbe, die sich auf dem freien Markt bereits bewährt haben. Ich bedaure, dass das EDI so zögerlich vorgeht und keine mutigen Massnahmen vorantreibt.

Wie kann die FDP ihre Forderungen im Parlament umsetzen? Leider haben wir nicht viel mehr Handlungsmöglichkeiten als Änderungen an den Gesetzesvorschlägen des Bundesrates vorzuschlagen. Aber das ist immerhin etwas.

Wie sieht das Schweizer Gesundheitssystem in zehn Jahren aus? Entweder wird es liberaler und stärker auf Eigenverantwortung und Freiheit ausgerichtet sein oder staatlich und dirigistisch geprägt. Im ersten Fall wird es vielleicht teurer, aber die Kosten werden von jenen getragen, die dies wollen, und die Qualität bleibt erhalten. Im zweiten Fall kann man vielleicht Einsparungen erzielen, dies aber zum Nachteil der Versicherten und der Kranken.

Interview: Marco Wölfli

Tag der FDP

Gemeinsam feiern wir am 22. Oktober in Burgdorf

Melden Sie sich jetzt an!

fdp.ch/agenda/tag-der-fdp

FDP
Die Liberalen

Bundesrätin Karin Keller-Sutter lässt den Schutzstatus S evaluieren. Foto: Jon Trachsel

«Entwicklung in der Ukraine ist massgebend»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview

Sechs Monate nach Beginn des Krieges in der Ukraine spricht Bundesrätin Karin Keller-Sutter über die Aufnahme der ukrainischen Flüchtlinge und die Solidarität der Schweizer Bevölkerung.

Vor sechs Monaten kamen die ersten ukrainischen Flüchtlinge in die Schweiz. Wie ist die Lage heute? Über den Sommer nahm die Zahl der neu ankommenden Geflüchteten auf etwa 100 pro Tag ab. Zu Beginn waren es in der Spitze bis zu 1800 Personen pro Tag. Die Situation hat sich inzwischen beruhigt. Der Zustrom von Geflüchteten hängt jedoch vom Kriegsverlauf und den Lebensbedingungen in der Ukraine ab und kann sich deshalb zum Beispiel im Herbst wieder ändern.

Mit welcher Entwicklung rechnen Sie im Herbst? Ich möchte nicht spekulieren. Wichtig ist, dass sich die Behörden auf verschiedene Szenarien vorbereiten. Wie bereits erwähnt, spielt der Kriegsverlauf hier die zentrale Rolle. Weitere Faktoren sehe ich bei der Energieversorgung in der Ukraine oder der Weiterwanderung von Schutzsuchenden aus den Nachbarstaaten der Ukraine. Auch die Zahl der regulären Asylgesuche dürfte tendenziell zunehmen. Der Migrationsdruck ist insgesamt deutlich angestiegen. Auf der anderen Seite bereiten wir uns schon jetzt auf eine allfällige Rückkehr der Geflüchteten aus der Ukraine vor. Schon vor den Sommerferien habe ich dem SEM den entsprechenden Auftrag dazu erteilt.

Zu Beginn ging es darum, dass alle Flüchtlinge ein Dach über den Kopf und den Schutzstatus S gekriegt haben. Welche Herausforderungen stellen sich heute? Die Unterbringung ist ein Dauerthema. Die Zuständigkeit liegt hier bei den Kantonen. Mittelfristig müssen sich das SEM und die Kantone darauf vorbereiten, dass die Anzahl täglich neuankommender Personen aus der Ukraine wieder ansteigen könnte. Weitere Herausforderungen sind die Integration in den Arbeitsmarkt sowie auch die Frage der Rückkehr.

Was kann unternommen werden, um die Erwerbsquote der Ukrainerinnen und Ukrainer zu erhöhen? Schon heute arbeitet knapp jede 10. Ukrainerin beziehungsweise jeder 10. geflüchtete Ukrainer. Dieser Wert ist höher als bei anderen Flüchtlingen. Es gilt zu bedenken, dass 75 Prozent der Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter Frauen sind, die auch Betreuungsaufgaben erfüllen müssen. Es ist mir wichtig, dass wir hier im engen Kontakt mit der Wirtschaft arbeiten. Die Sozialpartner treffe ich deshalb regelmässig.

Wie sieht die langfristige Strategie im Umgang mit den Ukraine-Flüchtlingen aus? Der Status S ist rückkehrorientiert und auf ein Jahr befristet, also bis März 2023. Der Bundesrat wird entscheiden, ob er den Status S verlängert oder aufhebt. Bereits Ende Juni habe ich den Auftrag erteilt, alle rechtlichen, organisatorischen und logistischen Fragen zu klären, unter welchen Umständen und wie die Menschen dereinst zurückkehren können. Wie bei der Aktivierung des Status S braucht es auch bei dessen Aufhebung eine enge Koordination auf europäischer Ebene.

Besteht die Gefahr, dass die grosse Hilfsbereitschaft der Schweizer Bevölkerung abnimmt? Bis jetzt stelle ich weiterhin eine grosse Solidarität und Hilfsbereitschaft fest. Wichtig ist, dass es keine Missbräuche gibt, gerade in der Sozialhilfe. Wir arbeiten daran, an der EU-weiten Registrierungsplattform teilnehmen zu können. Die Plattform erlaubt einen Abgleich der Daten zwischen den Schengen-Staaten, um zu sehen, ob jemand schon in einem anderen Staat einen Schutzstatus hat. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Kantone mit geeigneten Massnahmen dafür sorgen, dass niemand Sozialhilfe bezieht, der dazu nicht berechtigt ist.

Ist der Schutzstatus S auch für künftige Flüchtlingsbewegungen gemacht oder muss er reformiert werden? Der Status S ist die Ausnahme und nicht die Regel. Er wurde für die kollektive Aufnahme von Kriegsflüchtlingen geschaffen, die schnell und unbürokratisch den vorübergehenden Schutz der Schweiz brauchen. Für Personen, die eine individuelle Verfolgung geltend machen, bleibt das ordentliche Asylverfahren die Regel. Da wir den Status S zum ersten Mal anwenden, habe ich bereits im Mai eine Evaluationsgruppe eingesetzt, die im Juli ihre Arbeit aufgenommen hat. Sie prüft, inwiefern sich der rechtliche Rahmen des Status S bewährt hat. Die Evaluationsgruppe wird bis Ende Juni 2023 eine Analyse des rechtlichen Handlungsbedarfs und Spielraums vornehmen. Ich erwarte einen Zwischenbericht bis Weihnachten.

Interview: **Marco Wölfli**

Wichtige Grundlagen für nachhaltige Zukunft

Ausblick auf die Herbstssession

Wenn ab dem 12. September die eidgenössischen Räte zur Herbstsession zusammenkommen, erwartet sie gemäss provisorischem Programm viel Arbeit. Neben der Sicherung der Altersvorsorge sind wichtige Entscheide in der Wirtschafts- und Umweltpolitik zu erwarten.

Die Herbstsession 2022 steht ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit. Aber nicht allein fokussiert auf ökologische Aspekte, sondern im Sinn des freisinnigen Verständnisses im Zusammenspiel mit Wirtschaft und Gesellschaft. So sollen in der Herbstsession im Bereich der Klima- und Energiepolitik langfristig zentral Entscheide gefällt werden. Mit dem indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative soll auf Gesetzesebene das Netto-Null-Ziel bis 2050 verankert werden, damit rasch die passenden Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und Gesellschaft definiert werden können, was ganz im Interesse der FDP ist.

Altersvorsorge im Fokus

Ähnliches gilt für den seit geraumer Zeit beratenen Mantelerlass zugunsten einer sicheren Stromversorgung, der die richtigen Anreize zugunsten u. a. einer Winterstromreserve inklusive zusätzlicher Kapazitäten setzen soll. Im Bereich der Vorsorge erwartet die FDP ebenfalls wichtige Beschlüsse. So soll im BVG endlich auch der Ständerat seine Position zu dieser absolut zentralen Reform fassen. Speziell im Kontext der Volksabstimmung vom 25. September zur AHV 21 bekommt diese Beschlussfassung eine besondere Bedeutung. Hoffentlich ohne grössere Probleme sollte die Volksinitiative der Gewerkschaften für eine 13. AHV- Rente im Nationalrat abgelehnt werden. Sie steht völlig quer in der Landschaft und führt, anstatt zu mehr finanzieller Stabilität in der AHV zu einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf von rund vier Milliarden Franken pro Jahr.

Zu guter Letzt sollen im Bereich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entscheidende Reformen zur Umsetzung der globalen OECD-Besteuerung sowie zur Wohneigentumsbesteuerung aufgegleist werden. Beide Vorlagen bewirken jeweils Systemwechsel, die nachhaltig Einfluss auf die Standortattraktivität der Schweiz haben werden.

Michael Mandl, Fraktionssekretär

Damian Meier will Kaspar Michel im Schwyzer Regierungsrat beerben.

«Ich bin hochmotiviert»

Damian Meier will in den Regierungsrat

Damian Meier mit seiner Familie.

Als Regierungsratskandidat bei einer Standaktion auf dem Hauptplatz in Schwyz.

Die FDP Schwyz will mit Polizeikommandant Damian Meier den Regierungsratssitz des zurückgetretenen Kaspar Michel verteidigen. Neben einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie will sich Meier insbesondere für mehr Arbeitsplätze im Kanton einsetzen.

Am 25. September sind im Kanton Schwyz ausserordentliche Wahlen angesagt: Weil mit Kaspar Michel (FDP) und Andreas Barraud (SVP) per Ende 2022 gleich zwei Mitglieder aus der Schwyzer Regierung austreten, wird die Bevölkerung an die Urne gebeten. Die FDP Kanton Schwyz schickt mit Damian Meier einen Topkandidaten ins Rennen. Ein Spaziergang wird die Wahl für ihn deshalb aber nicht. Schon früh hat sich nämlich eine Kampfwahl abgezeichnet. Die Linke will ihren einst verlorenen Sitz zurückerobern. Ausserdem macht neu auch die GLP einen Sitzanspruch geltend. Und schliesslich haben nebst einem SVP-Kandidaten auch noch zwei Parteilose auf dem Kandidatenkarussell Platz genommen.

Polizeikommandant und Familienmensch

Wer aber ist dieser Damian Meier, den die Schwyzer Freisinnigen ins Rennen schicken? Ursprünglich aus dem Kanton Luzern stammend, zog Meier mit seiner Frau und denzwei Töchtern vor acht Jahren in den Hauptort Schwyz. Hier kamen zwei weitere Mädchen zur Welt. «Wir fühlen uns sehr wohl im Kanton Schwyz und haben Land und Leute so richtig in unsere Herzen geschlossen», sagt Meier. In seiner Funktion als Kommandant der Kantonspolizei Schwyz sorgt er mit seinem 330-köpfigen Korps seit acht Jahren für die Sicherheit der Bevölkerung. Seinen Beruf übt Meier mit Herzblut aus – trotzdem verspürt er den Wunsch, den Kanton Schwyz noch stärker gestalten zu können. Das Amt in der kantonalen Exekutive böte die perfekte Gelegenheit dazu. Dass der 48-Jährige die ideale Besetzung für das Regierungsgremium ist, daran lässt der Parteivorstand keinen Zweifel offen. «Damian Meier erfüllt alle Voraussetzungen für dieses anspruchsvolle Amt», sagt Parteipräsident Urs Rhyner. «Er verfügt über eine lange politische Erfahrung und ist durch und durch liberal. Freiheit ist ihm ein zentrales Anliegen.»

Mehr Arbeitsplätze für Schwyz

Privat steht bei Damian Meier die Familie an erster Stelle. Das Thema Familie prägt denn auch seine politische Agenda. «Als Ehemann und vierfacher Vater weiss ich um die Herausforderungen, mit denen sich Familien im Kanton Schwyz konfrontiert sehen», sagt er. Er spricht sich deshalb für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für eine gute Volksschule und für sichere Schulwege aus. «Wir müssen zudem Sorge zur Umwelt tragen, damit die nächsten Generationen unsere wunderbare Landschaft ebenso geniessen können wie wir», so Meier weiter. Ihm lägen aber auch die Arbeitsplätze im Kanton am Herzen. Der negativen Pendlerbilanz sei konsequent der Kampf anzusagen. «Wir müssen Gewerbe und Unternehmungen weiter entlasten, sie weniger regulieren und die unternehmerische Freiheit in den Vordergrund stellen.» Weniger bürokratische Hürden begünstigten die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen im Kanton Schwyz.

Zu guter Letzt will sich Meier auch für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Steuergeldern einsetzen. «Der Staat soll nicht Geld auf der hohen Kante haben, sondern seine aktuellen Überschüsse sinnvoll und zugunsten einer Steigerung der Lebensqualität einsetzen oder aber sie den Steuerzahlern via weitere Steuersenkungen zurückgeben», ist er überzeugt.

FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

Blick über die Altstadt und den See – Sinnbild für die Zuger Lebensqualität. Foto: Zug Tourismus

(Noch) mehr Lebensqualität für Zug

FDP ist bereit für den grossen Wahltag

Am 2. Oktober finden in Zug kantonale und kommunale Wahlen statt. Die FDP tritt mit motivierten Kandidierenden an und Kantonalparteipräsident Cédric Schmid zeigt sich zuversichtlich, was den Wahlausgang angeht.

Rankings, die die Lebensqualität von Städten und Regionen messen, gibt es viele. Was sie gemein haben, ist, dass Stadt und Kanton Zug fast immer einen Spitzenplatz belegen. Der kleine Innerschweizer Kanton punktet nicht nur mit seiner Wirtschaftskraft, sondern auch mit idyllischer Landschaft und hervorragender Infrastruktur. Die FDP Zug will, dass diese hohe Lebensqualität den Kanton auch in Zukunft auszeichnet, und stellt Lebensqualität ins Zentrum des Wahlkampfs. «Die FDP ist verantwortlich, dass die Lebensqualität in Zug so hoch ist, und wir versprechen, sie auch weiterhin hochzuhalten», sagt Cédric Schmid, Präsident der FDP Kanton Zug. Die vielen KMU, die guten Bildungsinstitutionen und die bürgerfreundliche Verwaltung seien ausschlaggebend für die Lebensqualität in Zug.

Persönlicher Wahlkampf der Kandidierenden

Am 2. Oktober erwartet die Zugerinnen und Zuger ein grosser Wahltag. Neben Kantonsrat und Regierung werden auch in den Gemeinden neue Stadt- und Gemeinderäte gewählt. Cédric Schmid freut sich, dass die FDP im Kanton Zug mit vollen Listen antreten kann: «Wir wollen Kandidierende, die sich stark engagieren, das ist uns gelungen.» Für den Präsidenten der Kantonalpartei ist es wichtig, dass die Kandidierenden einen persönlichen Wahlkampf führen. «Die Kandidatinnen und Kandidaten sollen ihre Stärken und persönlichen Qualitäten in den Vordergrund stellen. Wir wollen keine Schauspieler», betont Schmid. Die FDP Zug verbindet ihre Kernaussage «Lebensqualität» mit Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt und Eigenverantwortung. Darunter fallen Forderungen wie zeitgemässe Arbeitsstrukturen, eine wirksame Klima- und Energiepolitik oder eine Stärkung des Werkplatzes Zug. Auch Digitalisierungsthemen spielen in Zug eine grosse Rolle und die FDP sieht sich als Vorreiterin. Schmid sieht insbesondere grosses Potenzial bei Blockchain-Technologien: «Die FDP setzt sich für Zug als Blockchain-Standort ein, da es bereits heute viele Akteure in diesem Bereich gibt und sich künftig noch mehr Möglichkeiten bieten.»

Bekommt Zug die erste Stadtpräsidentin?

Bei den Regierungsratswahlen treten die bisherigen freisinnigen Regierungsräte Andreas Hostettler und Florian Weber wieder an. Das sei ein Glücksfall für Zug und die FDP, so Schmid. «Andreas Hostettler hat mit seiner Ukraine-Politik und der schnellen Aufnahme der ankommenden Flüchtlinge grosses Herz gezeigt. Florian Weber macht einen guten Job beim Ausbau der Infrastrukturen für Verkehr, Gebäude und Energieversorgung. Ihm haben wir zudem zu verdanken, dass es in Zug trotz vielen Pendlern wenig Stau gibt.» Bei den Kantonsratswahlen tritt die FDP mit 48 Kandidierenden an und möchte die heutige Sitzzahl von 16 auf 19 Mandate erhöhen. Schmid zeigt sich optimistisch, dass sogar mehr drin liegt. Ein Ziel sei es, je nach Zählweise zur stärksten Kraft im Kanton aufzusteigen. Ein besonderes Augenmerk liegt auch auf den Wahlen in der Stadt Zug. Dort möchte Eliane Birchmeier die erste Stadtpräsidentin in der Geschichte der Kantonshauptstadt werden. Mit dem breiten Kandidatenfeld und einem schlagkräftigen Wahlkampfteam ist die FDP Zug gut aufgestellt, die Lebensqualität in Zug weiterhin hochzuhalten.

Cédric Schmid, Präsident FDP Zug.

Marco Wölfli

Von einem Ja zur Verrechnungssteuerreform profitiert auch die öffentliche Hand. Foto: iStock/marchmeena29

«Für einen starken Standort Schweiz»

Ja zur Verrechnungssteuerreform

Mit der Reform der Verrechnungssteuer können Finanzierungsaktivitäten und Arbeitsplätze in die Schweiz zurückgeholt sowie die Steuereinnahmen erhöht werden. Grund genug für ein Ja am 25. September.

Das Volumen an inländischen Anleihen ist rückläufig und das ist ein hausgemachtes Schweizer Problem. Uns entgehen wichtige Einnahmen, Arbeitsplätze und Umsätze. In den vergangenen zwölf Jahren ist dieses Geschäft um mehr als die Hälfte geschrumpft – während es in anderen Ländern wächst.

Grund dafür ist die Verrechnungssteuer auf Obligationen. Konkurrierende Wirtschaftsstandorte kannten noch nie eine solche Steuer. Ein Beispiel hierfür ist Luxemburg. Im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt gibt Luxemburg 190-mal mehr Anleihen heraus als die Schweiz. Den Schaden trägt die Schweiz, welcher nicht nur Wertschöpfung verloren geht, sondern auch Steuereinnahmen.

Wertschöpfung in vielen Bereichen

Bundesrat und Parlament wollen diese Benachteiligung der Schweiz nicht mehr länger hinnehmen und ihre Einnahmen verbessern und die Wertschöpfung in der Schweiz haben. Ihre Lösung ist denkbar einfach: Die Schweiz schafft die Verrechnungssteuer auf Obligationen ab. Damit schafft sie sich gleich lange Spiesse im internationalen Wettbewerb. Die Reform der Verrechnungssteuer ist dabei chirurgisch gezielt austariert. Sie beschränkt sich nämlich auf neue Anleihen. Das erlaubt es, Steuerausfälle bestehender Anleihen in Grenzen zu halten. Gleichzeitig führt die Reform zu Mehreinnahmen, weil neue Volumen entstehen. Der Bund rechnet schon nach fünf Jahren mit einer Zunahme an Steuereinnahmen von 350 Millionen Franken pro Jahr. Unter dem Strich bringt die Reform also mehr Wertschöpfung und mehr Steuereinnahmen. Davon profitieren alle. Ein belebter Kapitalmarkt kommt nämlich allen zugute. Bund und Kantone können günstiges Geld aufnehmen und profitieren also gleich doppelt. Sie nehmen mehr Steuern ein und können sich Zinskosten sparen. Aber auch Spitäler, ÖV-Betriebe und Energieunternehmen können dank der Reform ihre Finanzierungskosten senken. Dies ermöglicht auch dem Service public günstigere Investitionen.

Reform bringt Mehreinnahmen

Die Linke hat jedoch unverständlicherweise das Referendum gegen die Reform ergriffen. Sie argumentiert dabei mit temporären Ausfällen und lässt die Mehreinnahmen an Steuern ausser Acht. Das ist unehrlich. Das Festhalten an der Verrechnungssteuer erhält den Nachteil für die Schweiz und wird ebenfalls zu sinkenden Einnahmen führen, denn die inländischen Anleihen werden auf diesem Weg weiter sinken und sinken und mit ihnen auch die Steuererträge.

Die Reform ist gerade jetzt von zentraler Bedeutung. Das internationale Steuerumfeld verschärft sich zusehends. Dabei werden wettbewerbsfähige Staaten wie die Schweiz immer mehr geschwächt, so auch durch die von grossen Industrie- und Schwellenländern durchgesetzte OECD-Mindestbesteuerung. Um die Attraktivität des Schweizer Wirtschaftsstandortes zu gewährleisten, müssen wir deshalb auch aus diesem Grund jetzt selbst verschuldete Steuernachteile abschaffen. Und die Verrechnungssteuer steht hier ganz oben. Die Reform erlaubt es uns, die wettbewerbliche Standortschwächung durch die OECD-Mindeststeuer teilweise zu kompensieren.

Bei der Abstimmung über die Reform der Verrechnungssteuer am 25. September können wir ein Problem lösen. Wir können uns für mehr Steuereinnahmen und mehr Wettbewerbsfähigkeit aussprechen. Darum sage ich Ja zur Reform der Verrechnungssteuer und ermutige Sie, es mir gleichzutun.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL

Die Schweiz verfügt bereits heute über die strengsten Tierschutzgesetze.

Tierwohl anders fördern

Nein zur Massentierhaltungsinitiative

Am 25. September kommt mit der Massentierhaltungsinitiative ein weiteres Volksbegehren zur Abstimmung, das sehr extrem ist: Alle tierischen Lebensmittel sollen aus einer Haltung stammen, die mindestens dem Bio-Standard entspricht. Wer das will, kann heute schon entsprechend einkaufen.

Ja natürlich, auch Nutztiere sollen ein gutes Leben haben und nicht leiden müssen. Darin sind wir uns wohl alle einig. Das Schweizer Tierschutzgesetz wurde seit seiner Einführung 1981 stetig weiterentwickelt. Von anfänglich rein quantitativem Tierschutz – also z. B. Mindestfläche pro Kuh – regelt es heute auch die qualitativen Aspekte des Tierwohls. Als einziges Land der Welt begrenzen wir zudem die maximale Anzahl Tiere pro Betrieb bei Hühnern, Schweinen und Kälbern. Die beiden agrarpolitischen Instrumente im Bereich Tierwohl «Besonders tierfreundliche Stallhaltung» und «Regelmässiger Auslauf im Freien» erfreuen sich grosser Beliebtheit. Dank ihnen gibt es zahlreiche Labelprodukte wie den IP Suisse-Käfer, die mit Mehrwert im Bereich Tierwohl punkten. Dazu kommen weitergehende Labels wie Bio Suisse, Demeter oder KAG Freiland, bei denen bei jeder Tierart z. B. auch Auslauf auf einer Weide garantiert ist. Also genau das, was die Massentierhaltungsinitiative unter anderem fordert. Bei zahlreichen Lebensmitteln ist zudem die Labelproduktion auf Stufe Landwirtschaft grösser als die Nachfrage dafür.

Auch Importe betroffen

Es macht aus liberaler Sicht keinen Sinn, ein bestehendes Angebot zur Pflicht zu machen und den Konsumentinnen und Konsumenten vorzuschreiben, wie sie einzukaufen haben und was sie essen sollen. Ebenso wenig soll ein privatrechtliches Label als Produktionsvorgabe in der Verfassung verankert werden. Ein weiterer Pferdefuss dieser Initiative ist die Importklausel. So müssten auch importierte tierische Lebensmittel aus Tierhaltungen stammen, die mindestens dem Bio-Suisse-Standard entsprechen. Der Bundesrat kam in seiner Botschaft zum Schluss, dass diese Umsetzung mit unseren internationalen Handelsverpflichtungen nicht vereinbar wäre. Von den sehr aufwendigen und kaum umsetzbaren Kontrollen ganz zu schweigen.

In seinem Gegenvorschlag verzichtete die Regierung deshalb darauf, die Importe miteinzubeziehen. Es ist also anzunehmen, dass die Vorgaben am Schluss nur bei der eigenen Produktion im Inland umgesetzt würden. Wettbewerbstechnisch wäre das für die Schweizer Bauernbetriebe ein grosser Nachteil, weil ihre Produkte ungleich teurer würden. Das Konsum- und Einkaufsverhalten wie auch die Preissensibilität der Bevölkerung ändert sich bei einem Ja zur Massentierhaltungsinitiative nicht automatisch mit. Mehr importierte Lebensmittel aus viel schlechteren Tierhaltungen und mehr Einkaufstourismus wären wohl die Konsequenzen. Davon hat niemand etwas – auch die Tiere nicht.

Da ich gegen eine staatliche Steuerung der Produktion unter Ausschluss jeglicher Marktrealität bin, werde ich bei der Massentierhaltungsinitiative überzeugt ein Nein in die Urne legen. Das Tierwohl können wir alle mit unserem täglichen Einkauf selbstverantwortlich weiterfördern.

Christa Markwalder
Nationalrätin BE

Jetzt Petition für mehr Wasserkraft unterzeichnen!

FDP
Die Liberalen

Liberale Rezepte für die städtische Wohnbaupolitik

Resolution der FDP Urban

Wohnen in der Stadt ist begehrt. Die Preise für Wohnungen sind entsprechend hoch, Wohnraum ist knapp. Die rot-grünen Rezepte sind gescheitert. Es braucht mehr liberale Lösungen für mehr privates Bauen.

Wohnen in den Städten ist sehr begehrt. Der Boden ist aber begrenzt, und die Preise sind entsprechend hoch. Während die rot-grünen Parteien ausschliesslich auf staatliche und gemeinnützige Bauträger setzen, sind es die Privaten, die weitaus am meisten Wohnungen bauen. Privates Bauen erleichtern und beschleunigen bedeutet somit, dass mehr Menschen Wohnungen mieten und kaufen können.

Mehr Wohnungen, Grünflächen und Lebensqualität

FDP Urban hat in einer neuen Resolution die Herausforderungen der Wohnbaupolitik analysiert. Darauf aufbauend stellen wir neun Forderungen, die in drei Kernbotschaften münden:

1. Umweltbewusst Wohnraum schaffen: Gebäude erhöhen und verdichten, ohne Grün- und Freiflächen zu zerstören
2. Bauen beschleunigen und vereinfachen: kurze Fristen, eine Ansprechstelle für die Bauherren und durchgängig digitale Prozesse
3. Aus Büros Wohnungen machen – und umgekehrt

Verdichten, Höherbauen und optimierte Ausnützung sind die zentralen Hebel für mehr Wohnraum in den Städten. Die Akzeptanz dafür wächst, wenn die Städte nicht zubetoniert werden, sondern die Lebensqualität erhalten bleibt. Private Investoren schliesslich müssen willkommen sein und optimale Voraussetzungen zum Bauen vorfinden.

Parlamentarieranlass
13. September 2022, ab 18 Uhr in Bern

Die nächste Ausgabe des FDP-Urban-Parlamentarieranlasses widmet sich den Themen der Resolutionen: Wir diskutieren das Wohnen und die Mobilität in der Stadt mit Expertinnen und Experten sowie liberalen Verantwortungsträgern aus den Schweizer Städten.
Falls Sie Interesse haben, an dieser Abendveranstaltung teilzunehmen, melden Sie sich bitte bei events@fdp-stadtbern.ch.

QR-Code scannen und die ganze Resolution lesen.

Um unseren Forderungen mehr Gewicht zu geben, haben wir eine Petition lanciert.
QR-Code scannen und Petition unterschreiben.

Nächster Halt: Mobilität in der Stadt

Auch die Verkehrspolitik bewegt die Städte. Auch dort braucht es liberale Rezepte, die das ungebrochene Mobilitätsbedürfnis der Menschen in Einklang bringen mit einer pulsierenden und lebenswerten Stadt. Eine weitere Resolution von FDP Urban dazu folgt in Kürze.

Beat Habegger, Präsident FDP Urban
Kathrin Puhan, Geschäftsführerin FDP Kanton Zürich

Anzeige

Somms Memo

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen

JA	AHV 21
NEIN	Massentierhaltungsinitiative
JA	Reform der Verrechnungssteuer

KOLUMNE

Freiheit in unsicheren Zeiten

Kürzlich war die Ministerpräsidentin von Estland, Kaja Kallas, Gast in einer Diskussionsrunde. Politikerinnen und Politiker haben engagiert über den «Gender-Wahnsinn» oder die Debatte über Sinn und Unsinn von «kultureller Aneignung» gesprochen. Bis die estnische Ministerpräsidentin das Wort ergriff. Dabei wurde rasch klar: Kallas sah sich im falschen Film.

Sie sagte sinngemäss: Den Wert der Freiheit erkennt man erst, wenn man die Freiheit nicht mehr habe. Als Nachbarland zu Russland sei Estland direkt vom Angriff auf die Ukraine betroffen. Dabei gehe oftmals vergessen, dass die Fläche, welche heute in der Ukraine von russischen Truppen besetzt sei, viermal grösser sei als diejenige der Schweiz. Weiter sei Odessa gleich weit von Tallinn entfernt wie von der Schweiz.

Das hat Eindruck hinterlassen und mich einmal mehr darin bestätigt, dass der Einsatz für die Freiheit nicht irgendwann erledigt sein wird und auch nicht einfach eine Zeiterscheinung sein kann. Der Einsatz für die Freiheit ist essenziell und alternativlos.

Ein Land und dessen Bevölkerung kann sich nur frei fühlen, wenn es sicher ist. Grundlage dafür ist eine starke, unabhängige Armee. Es erstaunt doch sehr, dass während eines Krieges in Europa noch über Sinn und Unsinn einer Stärkung der Schweizer Armee gesprochen wird. Oder dass eine grüne Nationalrätin alle demokratischen Gepflogenheiten aushebeln will, um die vom Souverän legitimierte Beschaffung neuer Kampfflugzeuge aufgrund des Typenentscheids zu verhindern. Dagegen wehren wir uns.

Unser Einsatz für Sicherheit und Freiheit ist wichtiger denn je.

Andri Silberschmidt
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

FDP
Die Liberalen

Gemeinsam sichern wir unsere AHV

2× JA zur AHV 21

sichereahv.ch